

Danziger



Zeitung.

№ 15048.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Petterhagergasse Nr. 4. und bei allen Kaiserlichen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspaltel oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen

1885.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Januar. (W. Z.) Der Kaiser war gestern fast neun Stunden außer Bett und empfing einige Besuche. Der Schlaf in der vergangenen Nacht war mit einigen Unterbrechungen befriedigend.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Rom, 22. Januar. Von weiteren durch Lawinen verursachten Unglücksfällen wird gemeldet: In Sionod, einem Dorfe des Nosta-Thales, wurden 2 Personen durch eine Schneelawine verschüttet. In Frajjino (District Saluzza) sind 30 verschüttete Leichen durch Soldaten zu Tage gefördert worden.

Petersburg, 22. Januar. Die Herausgabe des in Moskau erscheinenden Blattes „Swietoch“ (Leuchte) ist auf Grund des Reglements vom 27. August 1882 wegen seiner schädlichen Tendenz gänzlich untersagt worden.

Odeffa, 22. Januar. Die Rhebe ist mit Eis bedeckt, das Ein- und Auspassiren von Schiffen ist sehr ershwert.

Buenos Ayres, 21. Januar. Der Wechsel auf Europa ist noch weiter gefallen; die Goldprämie ist deshalb bis auf 28 Proc. gestiegen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. Januar.

Ueber das Befinden des Kaisers erhalten wir folgende, unsere telegraphischen Meldungen von heute Morgen ergänzenden Mittheilungen unseres Berliner Correspondenten:

Die benennenden Gerüchte, die durch die ganze Stadt und selbst in der Umgegend bis nach Potsdam hin verbreitet wurden, waren unbegründet. Der Kaiser konnte vielmehr nach einer gut verbrachten Nacht gestärkt das Bett verlassen und hörte mit gewohntem liebenswürdigen Humor von den schlimmen Gerüchten über sein Befinden. Dies bestimmte den hohen Herrn, sich beim Vorübergehen der Wachtparade an dem historischen Schenker zu zeigen. Das vor dem Palais Kopf an Kopf versammelte Publikum brach bei dem Anblick des Monarchen in einen unbeschreiblichen Jubel aus. Der Kaiser dankte freundlich lächelnd, doch ist Vielen der Ausdruck einer tiefen Bewegung in seinen Zügen nicht unbemerkt geblieben. Wie ich höre, pflegt der Kaiser auf dringendes Anrathen seiner Aerzte durchaus der Ruhe. Der Umstand, daß die Kaiserin heute Vormittag der Probe zu dem Hofconcert am Abend im Schlosse beizubehalten und die Cour heute Abend abhält, beweist am besten, daß man am Hofe sich keinen Besorgnissen über das augenblickliche Befinden des Kaisers hingibt.

Unser Correspondent schreibt uns ferner hierüber vom 22. Januar:

Der Kaiser hat bereits selbst die gestern Abend und heute früh in der Stadt verbreiteten Gerüchte darüber Lügen gestraft, daß er Mittags beim Aufziehen der Wachtparade an dem Fenster seines Arbeitszimmers erschien. Die Gerüchte hatten um so mehr Glauben gefunden, als sie offenbar auf Mittheilungen zurückzuführen, die aus dem Palais selbst stammten. Ein directer Anlaß lag freilich nicht vor, da schon gestern früh eine wesentliche Besserung in dem Befinden des Kaisers eingetreten war, welches vorgefertigen Besorgnissen hervorgerufen hatte. Im Laufe des gestrigen Abends aber stellten sich wieder so heftige Schmerzen ein, daß die Aerzte sich veranlaßt sahen, Morphium-Einspritzungen anzuordnen. In Folge dessen verfiel der Kaiser in einen festen und langanhaltenden Schlaf, was die erwähnten Gerüchte veranlaßt zu haben scheint. Die Wirkung des angewendeten Mittels war aber eine so erfreuliche, daß der Kaiser bereits im Laufe des Vormittags das Bett verlassen konnte.

Die Ansichten des Postsparkassengesetzes, mit welchem sich der Reichstag in seiner gestrigen Sitzung beschäftigte, sind nicht sehr günstig und das Schicksal der Vorlage erscheint durchaus unsicher. Es giebt bei dieser Frage keine einzige Partei, welche unbedingt dafür zu haben wäre. Die Socialdemokraten stimmen dagegen; der Centrumsführer Windthorst ließ durchblicken, daß auf eine Zustimmung seiner Partei nicht zu rechnen sei, und auch in den Schaaeren der sonst allzeit Getreuen, der Conservativen, wurden die Stimmen des entschiedenen Widerstandes laut, ebenso wie bei den Nationalliberalen, deren Minderheit den Regierungsentwurf keineswegs günstig ansieht.

Die einen Hauptbedenken entspringen aus der Befürchtung, daß die bestehenden legerreich wirkenden Communalparaffassen infolge der ihnen erwachsenden Concurrenz in ihrer Existenz gefährdet würden. Hierauf legten insbesondere die sächsischen Abgg. Adermann (conf.) und Günther (freiconf.) großes Gewicht. Auch bezweifeln sie die Competenz des Reiches. Als den größten Vorzug der Vorlage bezeichnete Staatssecretär Stephan die Centralisation und die dadurch bedingte größere Freizügigkeit und Uebertragbarkeit der Ersparnisse, während der freimüthige Abg. Schenk, der Leiter des deutschen Genossenschaftswesens, hieran gerade Anstoß nahm, weil die Centralstelle sich mit kleinen Geschäften nicht abgeben und deshalb den lokalen Kleinkredit schädige.

Die haitrischen, württembergischen und sächsischen Abgeordneten aller Parteien sind die schärfsten Gegner der Vorlage; den schroffsten Widerstand aber leisten die partikularistischen Antipathien des Centrums. Legte doch der Abg. Windthorst bei seiner Polemik das Hauptgewicht auf die unsichere Tendenz. Die Concentration einer solchen Kapitalmacht in Berlin, wie sie das Postsparkassengesetz mit sich bringe, könne unter Umständen einen Hebel für Unificationsbestrebungen und für die Befestigung der Einzelstaaten abgeben, meinte er beforcht, und es ist nicht anzunehmen, daß Herr Windthorst hierin seine Meinung ändert.

Man wird abwarten müssen, ob die Commissionsarbeiten die Vorlage so gefalsten, daß sich eine Majorität dafür findet. Die Umgestaltungen werden, um dies zu erreichen, sehr ausgebeutet sein müssen.

Das Verhalten des Staatssecretärs v. Burchard bei der vorgestrigen ersten Berathung der Postsparkassenvorlage hat doch einiges Aufsehen hervorgerufen. Herr v. Burchard erklärte ausdrücklich, wie wir schon hervorgehoben haben, die Regierungen ständen nicht mehr auf dem Standpunkt des vorjährigen Entwurfs, den der Antrag v. Wedell lebendig copirt. Der Staatssecretär stellte die Sache so dar, als ob die Regierung durch das Urtheil des Handelsstandes über den vorjährigen Entwurf an ihrer Vorlage irre geworden sei. Namens des Reichszanzlers gab der Schatzsecretär alsdann den Registerzwang des früheren Entwurfs auf und hielt nur an der Forderung fest, daß eine wesentliche höhere Heranziehung des mobilen Kapitals zu den finanziellen Bedürfnissen des Reichs notwendig sei, womit denn im Grunde auch die procentuale Steuer aufgegeben ist. Den Schlussnotenzwang, den der nationalliberale Antrag vorschlägt, wies er nicht direct zurück, dagegen fand er, daß das Maß der Belastung nicht groß genug sei und daß die Unterscheidung zwischen Zeitgeschäften und Comptantgeschäften unaltbar sei.

Alles das macht den Eindruck, daß die Regierung bereit ist, auf den nationalliberalen Antrag einzugehen, vorausgesetzt, daß derselbe wesentlich modificirt wird. Der vorjährige preussische Entwurf scheint demnach wesentlich dazu bestimmt gewesen zu sein, den passiven Widerstand der Finanzkreise gegen eine wirksamere Besteuerung der Börsengeschäfte zu brechen, und nachdem das gelungen ist, verschwindet die Geschäftssteuer von der Bildfläche. Man darf also auf den Verlauf, den die Sache in der Reichstagscommission nehmen wird, gespannt sein.

Daß die Commission bei ihrer Constituirung (die Mitglieder derselben sind hinten mitgetheilt) ein Mitglied des Centrums zum Vorsitzenden, einen Deutschconservativen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat, ist nicht entscheidend. Auch das Centrum hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Der Wunsch, die Börsensteuerfrage endlich aus dem Wege zu schaffen, ist ein weitverbreiteter, wie auch aus der Rede des Abg. Siemens zu erkennen ist.

Dem Abgeordnetenhaus ist ein stattlicher Quartband von 403 Seiten, enthaltend den Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der für Mecklenburg des preussischen Staates verwalteten Eisenbahnen im Betriebsjahre 1883/84 zugegangen. Das Staatsbahngelände hat danach eine Länge von 14 429,32 Km., wozu außerhalb des preussischen Staatsgebietes noch 1 060,46 Kilom. hinzutreten. Von den preussischen Staatsbahnen entfallen auf Ostpreußen 788,45 Westpreußen 974,38, Pommern 1066,87, Posen 441,19, Schlesien 667,88, Brandenburg einschließlich Berlin 1 666,08, Sachsen 1 665,66, Hannover 1 694,32, Westfalen 1 743,28, Hessen-Nassau 1 070,81, Rheinprovinz 2 650,25, Jübelgebiet 0,15 Km. Von den außerhalb Preussens gelegenen Bahnen im Königreich Sachsen 1 24,10, Großherzogthum Sachsen-Weimar 1 35,07, Hessen 1 11,30, Oldenburg 85,71, Mecklenburg-Strelitz 72,94, Herzogthum Anhalt 239,44, Braunschweig 54,18, Sachsen-Coburg-Gotha 74,45, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 20,02, Sachsen-Altenburg 0,94, Fürstenthum Lippe-De-mold 29,30, Lippe-Wüdeburg 24,32, Reuß j. Linie 16,86, Schwarzburg-Rudolstadt 7,87, Schwarzburg-Sondershausen 12,71, Waldeck 3,95, Staat Bremen 37,28, Hamburg 4,65; Königreich der Niederlande 5,37 Kilometer.

Ueber das deutsche Fidschi-Weisbüch schreibt die englische „Ball Mall Gazette“, hinsichtlich über die von Deutschland erlittene diplomatische Niederlage Englands:

Die Fidschi-Correspondenz, welche soeben in einem deutschen Weisbüch veröffentlicht worden ist, verpricht eine neue schöne Illustration der großen und jetzt so wohlbekannten Triologie der englischen Diplomatie — Unsicherheit, Troigkeit und Capitulation — zu werden. Zuerst haben wir ein Jahr nach dem andern vergehen lassen, ohne uns um die von Deutschland gemachten Vorstellungen zu kümmern; als darauf Bismarck mit wachsendem Nachdruck auf eine Regulirung der Ansprüche deutscher Unterthanen durch eine gemischte Commission bestand, haben wir uns absolut geweigert, zuletzt aber, als der Kaiser seine Fäbne zeigte, sind wir demüthig zu Kreuze gezogen. Niemand wird sich darüber wundern, daß diese letzte Capitulation gerade so wie unter Kreuzkriegs in der Angra Bequema Affäre, in die Periode des Inflammirens der föhlichen ägyptischen Conferenz fällt.

Drahtlicher noch drückt sich die „St. James Gazette“ aus, indem sie sagt:

Im Dezember entfaltete der deutsche Kaiser uns zuerst die Thorheit und Unentschiedenheit, welche ihn zu seinen Annerkennung in Westafrika trieb. Heute zeigt er uns, wie unsere Staatslenker dieselben charakteristischen Züge in ihrer Behandlung der deutschen Ansprüche in Fidschi bewahrt haben. Der darauf bezügliche erbärmliche Streit, geführt ohne Würde, Logik oder Festigkeit von unserer Seite, endete mit einer completen und erniedrigenden Capitulation unter genau denselben Bedingungen, welche wir 6 Monate vorher zurückgewiesen hatten. Ein besserer Beweis für die gänzliche Unfähigkeit dieser besten aller Regierungen, die einfachen Geschäfte der Nation zu leiten, kann wohl nicht in der ganzen beschämenden Geschichte der letzten 5 Jahre gefunden werden.

Die Regierung von Belgien steht den Anträgen auf Einführung von Eingangszöllen für zur Nahrung dienende Waaren nicht freundlich gegenüber. Als gestern in der Repräsentantenkammer der Deputirte Dumont seinen dabingehenden Antrag einbrachte, erklärten der Ministerpräsident Bernaert und der frühere Minister des Innern, Jacobs, daß sie den Antrag bekämpfen würden. Die Kammer beschloß jedoch, den Antrag in Erwägung zu nehmen.

In dem gestrigen französischen Cabinetrathe theilte der Kriegsminister die Erklärungen mit, welche er in der Armeecommission abgeben werde. Der Kriegsminister wünscht, daß die Dienstauer auf vier Jahre festgesetzt werde vorbehaltlich eines Nachlasses von einem Jahre in der Praxis. Der Kriegsminister hält ferner weder vorläufige Dispensationen noch den Freiwilligendienst für zulässig, will aber eine vorzeitige Entlassung nach einer Prüfung und nach einem einjährigen Dienste unter den Fahnen zugehen.

Der italienische Kriegsminister hat nach der „Agenzia Stefani“, um in der Lage zu sein, einen etwa erforderlichen Nachschub von Truppen nach Afrik zu bewirken, und um es den dorthin abgehenden Soldaten, sowie den Militärbehörden zu ermöglichen, die notwendigen Vorbereitungen ohne Ueberführung zu treffen, angeordnet, alles für den Abgang eines zweiten Detachements Nothwendige vorzulehen. Die Formation dieser Truppe wird dieselbe sein, wie diejenige der bereits abgegangenen. Ein Bataillon soll von der Linien-Infanterie gestellt werden.

Der König hat dem König Alfons von Spanien 30 000 Francs. für die durch die Erdbeben Verunglückten überandt.

Die „Ball Mall Gazette“ schreibt, in dem vorgestrigen englischen Cabinetrathe solle beschlossen worden sein, die französischen Vorschläge in der ägyptischen Finanzfrage als Basis für die weiteren Verhandlungen unter der Bedingung zu acceptiren, daß irgendwelche mehrseitige Controle nicht stattfinden. Anstatt einer Zinsenreduction solle eine Besteuerung des Coupons eintreten; in der Schuldentafel sollten Deutschland und Rußland durch besondere Mitglieder vertreten sein, irgendwelche Erweiterung der Befugnisse der Schuldentafel solle aber nicht stattfinden. England werde sich erboten, für eine Anleihe von 9 Millionen die Garantie zu übernehmen, würde aber bereit sein, auch eine internationale Garantie dieser Anleihe zu discutiren, die jedoch nur mit Zustimmung aller Mächte eintreten könnte.

Die „Times“ spricht sich lebhaft gegen eine solche nicht energische Politik Englands aus und meint, es handle sich hier um eine Frage, in der Parlament und Volk sprechen werden.

Reichstag.

31. Sitzung vom 22. Januar.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung den deutsch-griechischen Handelsvertrag und tritt sodann in die erste Berathung des Postsparkassengesetzes ein.

Abg. Adermann (conf.): Meine Fraktionsgenossen, namentlich meine sächsischen Landesleute in der Fraction, fönnen der Vorlage nur sehr bedingt zustimmen. Ich erinnere zunächst daran, daß wir es hier zu thun haben mit einer Aenderung der Verfassung. Die Post ist nach der Verfassung bestimmt zu einer einheitlich organisirten und verwalteten Verkehrsanstalt. Das Sammeln von Ersparnissen ist aber weder Gegenstand der Verkehrsanstalten, noch läßt es sich etwa unter das dem Reich ja ebenfalls zugewiesene Bankrecht unterbringen. Die hohe Entwicklung seines Sparkassensystems verdankt Deutschland hauptsächlich den Gemeinden; diese haben ohne Unterfützung vom Reich oder Staat die Sparkassen gegründet und zur Blüthe gebracht. In Preußen giebt es neben 890 Gemeinde-Sparkassen nur 117 Vereins- und Privat-Sparkassen; in Baiern nur eine einzige Privat-Sparkasse neben 278 der Gemeinden; auch in Sachsen ist das System der Gemeindeverwaltung fast ausschließlich anerkannt, und in Baden giebt es 90 Sparkassen mit Gemeindefürsorge und nur 18 ohne solche. Nun hat das System der Gemeinde-Sparkassen sich bisher vorzüglich bewährt. Ihre Organisation wagt sich allenthalben der besonderen örtlichen Verhältnissen an, was bei den Postparaffassen niemals möglich sein wird. Der in den Motiven der Vorlage den Gemeindefürsorge gemachte Vorwurf, dieselben dienten mehr dem Nutzen des Mittelstandes als dem der kleinen Leute, ist völlig unbegründet. In Preußen und Sachsen besteht die Hälfte aller Sparer aus solchen, deren Guthaben die Summe von 150 M. nicht übersteigt. Auf die kleinen Einlagen unter 600 M. kommen in Preußen und Sachsen 3 4 Millionen Anleger, auf die großen nur 0,9 Mill. Im ganzen Reich giebt es etwa 6 Millionen Sparer; dabei kommen im Durchschnitt auf ein Sparkassenbuch 530 M. In Sachsen gehören 26 % der ganzen Bevölkerung zu den kleinen Einlegern, d. h. relativ 4 Mal so viel wie in England, dem Musterlande der Postparaffassen. Die Sparkasse in München hatte 1882 26 % ihrer Einlagen von Dienstboten, 28 % von Handwerkern und Arbeitern; auf die einzelne Dienstboteneinlage kamen im Durchschnitt 126 M., auf die eines Arbeiters 127 M. In Württemberg waren 49 % der Einlagen von Dienstboten mit je 54 M., 38 % von Arbeitern mit je 65 M. im Durchschnitt. In Sachsen war der Durchschnittsbetrag der Einlagen der kleinen Leute noch wesentlich geringer; die größte Sparkasse dort, Dresden, nimmt nur Einlagen an bis zur Höhe von 60 M.; der Durchschnittsbetrag des einzelnen Guthabens ist 182 M. In Leipzig, der zweitgrößten Sparkasse, waren 2 % aller Einleger aus dem Dienstboten- und Arbeiterstande. Der fernere Vorwurf der Motive gegen die Gemeinde-Sparkassen, daß sie den ärmeren Klassen nicht genug zugänglich seien, ist offenbar, seitdem das System der Sparmarken mehr und mehr Platz greift, gänzlich gegenstandslos; seitdem nehmen denn auch die Einlagen der kleinen Leute noch mehr zu. Im deutschen Reich sind 1881 Sparmarken zu 5 und 10 S. bereits im Betrage von 1 300 000 M. veranlagt. In Sachsen wird in allen Werkstätten, Volksschulen, Fabriken in dieser Weise gepart; jeder dritte Einwohner Sachsens ist jetzt Inhaber eines Sparkassenbuchs. Die Motive hängeln ferner bei den Gemeindeparaffassen, daß die Uebertragbarkeit der Einlagen nicht zu erreichen sei. Auch dieser Vorwurf ist unbegründet; in Rheinland, Westfalen, dem Königreich Sachsen ist die Uebertragbarkeit bereits eingeführt; es wird davon aber ein außerordentlich geringer Gebrauch gemacht; in Sachsen haben es nur 0,7 % der Sparer gethan; in Berlin sollen seit Einführung der Uebertragbarkeit überhaupt nur 3 Fälle ihrer Anwendung vorgekommen sein. Es wird dann gesagt, daß die Gemeinden die Vermittlung der Post in Bezug auf die ihnen von diesen angebotene Verwaltung der Sparkassen nicht angenommen haben. Die Bedingungen der Post waren aber thatsächlich unannehmbare. Während gegenwärtig die sächsischen Gemeinden die Verwaltung ihrer Sparkassen nur 3,10 Mill. M. kostet, hätte die Post den

Gemeinden für diese Verwaltung 10,19 Mill. M. abgenommen. Die Motive suchen die Befürchtung zu widerlegen, daß die Postparaffassen die bestehenden Communalparaffassen schädigen würden. Letzteres würde allerdings der Fall sein, wenigstens, wenn die Postparaffassen mit den Privilegien der Vorlage ausgestattet werden. Im Auslande hat man ähnliche Erfahrungen gemacht. Vielleicht werden die großen Gemeindeparkassen durch die Concurrenz der Postparaffassen unberührt bleiben. Gerade die mittleren und kleineren aber werden ganz sicher zu Grunde gehen, und gerade diese letzteren haben in neuester Zeit um 30 Proc. zugenommen. In Sachsen sind ferner 284 Mill. M. oder 70 Proc. des gesammten Sparkassenguthabens in Hypotheken angelegt. Auch in Preußen sind 73 Proc. der sämmtlichen Sparkassen den lokalen Creditbedürfnissen zugewandt. Das wird anders werden mit Einführung der Postparaffassen. Dann stieße das Guthaben an die Staatskasse, und der Hypothekenverkehr wird ganz empfindlich darunter leiden. Was oft ist ferner gefordert worden über die gegenwärtige Ueberlastung der Gemeinden. Durch die Postparaffassen werden Sie den Gemeinden aber noch die Vortheile entziehen, die sie bisher aus den Ueberflüssen ihrer Sparkassen gehabt haben. Will man die Postparaffassen überhaupt einführen, so wird im Gele bestimmt werden müssen, daß erstens der Zinsfuß von 3 auf 2 1/2 Proc. herabgelekt wird; daß zweitens die Maximalanlagen nur höchstens 300 M. statt 800 M. betragen dürfen; und daß endlich auch sonst die Postparaffassen in keiner Weise gegenüber den Gemeindeparkassen privilegiert sind. (Zustimmung bei der Reichsparthei.)

Abg. Kalle (nat.-lib.) hält das Bedenken wegen der Verfassungsmäßigkeit der Vorlage nicht für schwer wiegend, da dieselbe im Bundesrath unbeanstandet geblieben ist. Auch das Bedenken, daß der Staat in kritischen Zeiten in Verlegenheit kommen könne, wird widerlegt durch die Erfahrungen mit den Sparkassen während der Kriegsjahre 1866 und 1870. Redner bestreitet auch, daß die Postparaffassen den bestehenden Sparkassen gefährlich werden würden. Die letzteren genügen nicht dem Bedürfnis der kleinen Sparer. Es bestehen freilich 30 0 Sparkassen in Deutschland, und die Einlagen in dieselben betragen 3 Milliarden M. Aber es fehlt ein gleichmäßiges, großes Netz von Sparkassen; während das Sparkassennetz in Sachsen, Hessen, Hannover, im Rheinland und Westfalen, in den Bezirken Pommern und Preußen reich ausgebildet ist, kommt im Osten nur auf 60 000 Einwohner eine Sparkasse. Und darunter giebt es Kasfen, die nur ein- oder zweimal wöchentlich geöffnet sind, und die täglich geöffneten haben zum großen Theil Mittagsstunden. Daß die Postparaffassen den Bedürfnissen gerade des kleinen Mannes entsprechen, beweist der Umstand, daß im ersten Jahre des Bestehens derselben in Holland 1/4 der Einlagen unter 1 Gulden und in Oesterreich 90 Proc. unter 5 Gulden betrug. Der Rückgang der bestehenden Sparkassen nach Errichtung der Postparaffassen in England hat nur einen Grund in der Verrottetheit der zur Zeit dort vorhandenen Privatparaffassen; in Frankreich ist eine solche Schädigung nicht eingetreten. Wir wünschen aber eine Verbesserung der Vorlage im Sinne der an uns herangetretenen Wünsche der Vertreter der bestehenden Sparkassen. Es möge in der Commission namentlich die Frage des Zinsfußes, der Maximalanlage, der Bezeichnung von Schuldenverschreibungen erwogen werden.

Staatssecretär Stephan: Die Vorlage ist lebendig aufzufassen als ein Anstuf der Socialpolitik, welche in der allerhöchsten Nothwendigkeit angefertigt worden ist. Wir haben im Reichspostgebiet 15 000 Postanstalten, Privatparaffassen sind bis jetzt 3000 vorhanden; nehmen Sie unsere Vorlage an, so würden sich die Sparkassen mit einem Schlag um 12 000 vermehren. Es käme sodann eine Sparanstalt auf 4500 Einwohner und 40 Quadrat-Kilometer. Der Vorredner hatte Ihnen ein Bild entworfen, wie ungleich die Sparkassen jetzt vertheilt sind. Für die Landbevölkerung sind dieselben geradezu als unbrauchbar zu bezeichnen. Die Postparaffassen dagegen werden an jedem Tage zugänglich sein und in der besten Tageszeit. Die Post ist ausgerüstet mit sachkundigen Beamten. Es liegt im Interesse der Sparer, daß die Beamten nicht einen so tiefen Einblick in ihre Verhältnisse bekommen. Das ist nicht angenehm, zumal, wo es sich um Veranlagung zur Steuer handelt. Die Post besitzt vorzügliche Kasseneinrichtungen für den Sparkasseneinst, sie hat einen guten Controlapparat, und darüber hinaus bietet sie den Vortheil einer einheitlichen Organisation, der die Uebertragbarkeit der Sparkassenbücher in erster Linie ermöglicht; gerade das ist ein wesentliches Moment. Wenn die Erntezeit herannab, wenn in der Provinz Sachsen die Zudercampagne beginnt, wenn Meliorationsarbeiten veranlaßt, Eisenbahnen gebaut werden, ziehen die Arbeiter von einem Ende Deutschlands zum anderen. Da ist es wichtig, daß die Sparkassenbücher übertragbar werden. In England betragen die Uebertragungen 1862 4 %, 1868 19 %, Frankreich hat Postparaffassen seit 1881. Die Uebertragungen machten 1883 5,58 % aus, und der Werth derselben belief sich auf 8,44 % der Einlagen. Vergessen Sie übrigens nicht, daß Sie nach Annahme der Vorlage neben der großen Zahl fester Annahmestellen 20 000 mobile in untern Landstrichen erhalten. Der Befähigung der Post zur Uebernahme des Sparkassensystems entspricht der Erfolg, der in anderen Ländern mit den Postparaffassen gemacht ist. In England sind seit 1862 41 768 000 Mfr. in den Postparaffassen angelegt, in Italien seit 1874 140 000 000 Fr., in Frankreich seit 1882 105 000 000 Fr., in Oesterreich 14 000 000 fl., in Belgien 52 500 000 Fr., in Holland 3 500 000 fl. In der Ueberzeugung, daß dieselben nicht Concurrenten der Privatparaffassen, sondern lediglich Mitarbeiter derselben werden würden, haben auch die Sparkassentage ihre Beschlüsse gefaßt. Herr Adermann hat gewünscht, daß gleiches Wetter und gleiches Wind für beide Kasfenarten eintreten und deshalb auch den Privatparaffassen die Portofreiheit bewilligt werden möge. Aber das Geleth ergibt doch, daß die Vortheile ganz auf Seiten der Privatparaffassen liegen. Denn welche Privatparaffasse schreibt ein so geringes Maximum und einen so niedrigen Zinsfuß vor als die Postparaffassen? Daß nach Einführung der Postparaffassen in England Privatparaffassen eingegangen sind, ist richtig, aber der Grund für diese Erscheinung ist doch nur in den ganz besonderen Verhältnissen jener Kasfen zu suchen, denen die Anlehnung an die Communalverbände fehlte. Auch die Behauptung, daß den Gemeinden- und Kreisparaffassen durch die Postparaffassen eine gefährliche Concurrenz bereitet werde, halte ich für unbegründet. Wir werden in der Commission weitere Nachweisungen darüber geben, daß beide Arten von Kasfen neben einander bestehen und sich sehr wohl mit einander vertragen können, im Gegentheil, daß jene Privatparaffassen aus der Einführung der Postparaffassen nur eine Stärkung erfahren. Was die Verwaltung betrifft, so wird dieselbe dem Reichs-Insalibensfonds übertragen werden. Damit sind alle constitutionellen Garantien für die richtige Führung derselben gegeben. Ueberflüsse will das Reich mit den Postparaffassen für sich nicht erzielen, dieselben sollen nur den Sparern zu Gute kommen. (Beifall.)

Abg. Schenk (deutschfreisinnig): Der Sparkassen wird ja am besten gefördert durch Vermehrung der Spar-

gelegenheit. Soweit die Vorlage hierauf absieht, stehe ich durchaus auf dem Boden derselben. Wenn aber den Postanstalten noch weitere Functionen gegeben werden, wenn sie die Gelder verwalten und anlegen sollen, so ist das doch sehr bedenklich. Wir stehen hier noch auf demselben Standpunkte, den der Gen. Postmeister 1878 einnahm, wo er ebenfalls solche erweiterten Aufgaben der Post nicht für zuträglich hielt. Das Sparfassenwesen in Deutschland hat sich allgemein bedeutend gehoben; es haben sich Sparfassenverbände gebildet; Pfenningparfassen sind eingerichtet worden. Diese Sparfassen sind durch eine Concurrenz zu schädigen, ist bedenklich. Die Post sollte, statt die Gelder zu verwalten, vielmehr dieselben nur annehmen dürfen und sie dann den bestehenden kommunalen Sparfassen übermitteln. Es ist ferner nicht acceptabel für uns, daß, wie es die Vorlage will, die Postfassenstellen an einer Stelle centralisirt werden. Die Centralstelle kann über die Verwendung der Gelder im Interesse der einzelnen Landestheile nicht richtig entscheiden. Es soll zwar ein Theil an die Landesregierungen überwiehen werden, aber das wird wohl nur in seltenen Fällen geschehen. Es ist sehr fraglich, ob die Anlage der Gelder wirklich im Interesse der kleineren Leute erfolgen kann. Eine solche Centralbehörde wird sich nicht gern mit vielen kleineren Geschäften abgeben, sondern lieber größere zu machen suchen. Das ist unser schwerwiegendstes Bedenken. Bei irgend welchen Krisen, schlechten Conjunctionen u. s. w. werden die Rückzahlungen der Gelder zu zahlreich sein, daß das Reich vielleicht nicht allen Ansprüchen zugleich wird genügen können. Wenn dann das Reich von dem ihm nach dem Gesetze aufstehenden Rechte der Verlängerung der Kündigungsfrist Gebrauch macht, so wird wieder der Sparrer geschädigt werden.

Abg. Günther (Sachsen) (freiconf.): Die Vortheile, die die Vorlage gewähren kann, werden durch die Nachteile überwiegen. Ich stehe völlig auf dem Boden der kaiserlichen Postpflicht vom 17. November 1881; gleichwohl aber muß ich sagen, die staatliche Concurrenz gegenüber den blühenden Gemeindeparkassen ist vom Uebel. Hier will man ein großes Staatskapital gründen und damit den kleineren Sparfassenkapitalien Concurrenz machen, während man sonst immer die Aufsehung und Verwaltung des kleinen Kapitals durch das Großkapital befragt. Während jetzt die Sparfassenanlagen für Gemeinden und kleine Leute nutzbar gemacht werden, wird die Post mit ihren Einlagen größere Finanzoperationen vornehmen müssen. Die kleinen Bayern werden dem Wucherer in die Arme getrieben. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Helldorf (conf.): Meine Partei verkennt nicht den großen socialen Werth der Postparkassen. In dessen muß das Gesetz noch mehrfach abgeändert werden, namentlich in dem Sinne, daß der kleine Credit für den Landmann nicht erlöscht werde. Auch in Bezug auf die Höhe der Einlagen trifft die Vorlage wohl nicht das Richtige. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Auch bei meinen Freunden sind lebhaft Bedenken gegen die Vorlage geäußert worden; es scheint sogar, daß die Bedenken überwiegen. Vor allen Dingen bietet die Vorlage verfassungsmäßige Schwierigkeiten; sie erweitert die Kompetenz des Reichs, und jeder einzelne Staat wird berechtigt sein, ein solches Gesetz, als der Verfassung widersprechend, bei sich nicht zur Ausführung zu bringen. Zwar gehört das Postwesen zur Kompetenz des Reichs; hier handelt sich aber nicht um eine Posteinrichtung, sondern um Verstaatlichung des ganzen Sparwesens. Es handelt sich um Concentration der Ersparnisse der ganzen Nation; die kleineren Sparfassen würden allmählich aufhören und alle Einlagen in die große Centralstelle Berlin fließen. Ganz unzweifelhaft würde der gesammte Creditverkehr durch die Vorlage beeinflusst werden. Concentration des Kapitals in einer Hand, Direction desselben in Berlin. Alle Gefahren, die das hat, zusammen gerechnet, wiegen wohl die Vortheile der Vorlage auf. Es wird ein Hebel für die Unionisation des Reichs, für die Beilegung der Einzelstaaten geschaffen; das ist ein wichtiges politisches Bedenken. (Beifall im Centrum.)

Staatssecretär Stephan: Bei dem Vordränger wird man niemals klar; bei ihm geräth man stets ins Ungeklärte, er ist der Vater aller Hindernisse. Widerspruch im Centrum. Auf seine Verfassungsbedenken erwidere ich, daß der Entwurf im Bundesrat die Zustimmung der veränderten Regierungen erhalten hat. Wenn der Abg. Windthorst von einer beabsichtigten Verstaatlichung des ganzen Sparfassenwesens spricht, so weiß ich nicht, welches die Quelle für seine Behauptung ist. In keinem Punkte der Vorlage oder der Motive ist davon die Rede. Ein solches Vorgehen würde auch im Bundesrat auf den entschiedensten Widerstand stoßen, und nicht zum wenigsten von Seiten Preussens. Das die jetzt bestehenden Sparfassen nicht aufhören würden, ist schon nachgewiesen. Von der Absicht der Unionisation und Ueberführung des gesammten kleinen Kapitals nach Berlin steht auch nirgends in der Vorlage etwas. Das Gesetz verfolgt keine andere Tendenz als die, das Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern.

Abg. Stolle (Soc.): Wir halten es nicht für möglich, das Sparen künstlich zu erzeugen, wie es die Vorlage will. Bis jetzt ist noch nicht das geringste stichhaltige Argument gegen die Gemeindeparkassen erhoben worden. Auch hat die Vorlage außer der wirtschaftlichen noch eine politische Seite, die eben der Abg. Windthorst schon hervorgehoben hat. Man sollte lieber für bessere Arbeitslöhne sorgen, statt diese Postparkassen zu gründen; man sollte lieber den überlasteten Gemeinden helfen, wie man es auch bei Einführung des Zolltarifs verfahren hat; man soll aber nicht die Gemeinden noch weiter schädigen, indem man ihnen die Sparfassenübernahme nimmt. Ein Hauptvortheil der bisherigen Sparfassen ist, daß sie den kleinen Leuten Credit gegeben haben. Was wird aber mit dem großen Centralfonds geschehen, in welchen die Postparkassen zusammenfließen werden? Die Ansammlung zu gewaltigen Kapitalien in einer Hand ist ferner ein höchst gefährliches Machtmittel für die Regierenden, das wir den Letzteren nicht gewähren wollen. Wir sind daher nicht einmal für eine Commissionsberathung, sondern bitten Sie, die Vorlage einfach abzulehnen.

Abg. Windthorst: Ich begreife nicht, wie der Staatssecretär sich mit solcher Leidenschaftlichkeit gegen mich erklären konnte; und ich weiß nicht, ob überhaupt ein Vertreter der veränderten Regierungen berechtigt ist, sich so gegen ein Mitglied des Hauses zu äußern. Es scheint, als ob der Vorgang in gewissen der Regierung nahestehenden Blättern, mich ohne Maß angreifen, auflebe. Ich werde angegriffen, obwohl ich nur gelagert habe, was die Redner vor mir doch gleichfalls ausgesprochen haben. Haben die Herren Alfermann und Günther nicht dieselben Hindernisse bereitet? Und sind wir nicht hier, um die Bedenken gegen eine Sache nach allen Richtungen hervorzuheben? Der Reichstag darf sich nicht beruhigen, weil eine Vorlage der veränderten Regierungen vorliegt. Sollen wir, wenn im Bundesrat verfassungsmäßige Rechte der Einzelstaaten aufgegeben werden, hier dazu stillschweigen? Der Effect der Vorlage wird die Concentration der Ersparnisse sein, auch wenn dieselbe nicht beabsichtigt wird; und was das für Folgen hat, werden wir ja sehen. Daß ein solches Kapital unificirend wirken muß, weiß Jeder, der die Entwicklung der Staaten verfolgt und die Bedeutung des Kapitals kennt. (Beifall rechts im Centrum.)

Staatssecretär Stephan: Ich bin viel zu lange im Parlament, um unangenehm berührt zu werden, wenn gegen eine von mir eingebrachte Vorlage Bedenken geäußert werden, und ebenso wenig kann es mich irritiren, wenn eine Arbeit, die mir sauer geworden ist, den Beifall einiger Redner nicht findet. Ob sie auch den des Hauses nicht finden wird, das wird sich später zeigen. Wenn mich etwas unangenehm berühren könnte, so wäre es nur, wenn die Wohlthat, die durch diese Vorlage dem Lande erwiesen werden soll, aus den Einwänden, die wir eben gehört haben, ihm sollte vorenthalten bleiben. Persönlich bemerke ich, es ist ein alter Satz im parlamentarischen Leben, daß man dem Gegner keine anderen Motive unterstellt, als die er selbst ausgesprochen hat. Hr. Windthorst hat aber ausdrücklich den Regierungen untergeschoben die Absicht der Verstaatlichung des Sparfassenwesens; und dann die Absicht, alle Kapitalien aus diesem Unternehmen in Berlin zu vereinigen. (Abg. Windthorst: Das habe ich nicht gethan.) Daß ich mich dagegen namens der Regierungen zur Wehre setzen muß, werden Sie gewiß begreiflich finden. (Beifall rechts.)

Die Vorlage wird einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.
Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

△ Berlin, 22. Januar. Die (kurz schon mitgetheilten) Neuforderungen für das Auswärtige Amt, für Togo, Kamerun und Angra Pequena, sind durch folgende Denkschrift motivirt:

„Nachdem die deutschen Erwerbungen an der Westküste von Afrika unter dem Schutz Sr. Majestät des Kaisers gestellt worden sind, ist das Bedürfnis hervorgerufen, die Mitwirkung des Reichs in Anbetracht zu nehmen, um Ruhe und Ordnung unter der Bevölkerung jener Gebiete aufrecht zu erhalten und eine geregelte Rechtspflege zu ermöglichen. In Betracht kommen zunächst die Besitzungen in Kamerun, im Togogebiet und in Angra Pequena bezw. dem Gebiet zwischen dem Drangestrom und Cap Frio.“

Für Kamerun ist entsprechend der Ausdehnung und Wichtigkeit der dort unter deutsche Schutzherrschaft gestellten Gebiete die Einsetzung eines Gouverneurs in Aussicht genommen, welcher als kaiserlicher Obercommissar und Generalconsul für den ganzen Golf von Guinea zu fungiren haben würde. Denselben ist zur Ausübung der Gerichtsbareit ein juristisch gebildeter Kanzler beizugeben. In Togo und Angra Pequena dürfte vorläufig die Anstellung eines Commissars, der auch die richterlichen Geschäfte wahrzunehmen haben wird, ausreichend erscheinen. Für alle drei Gebiete sind zum Zweck des Bureaudienstes je ein Sekretär und das erforderliche Unterpersonal vorgezogen. Bei Vermessung der Besitzungen dieser Gebiete sind Mittheilungen des westafrikanischen Spidrits in Hamburg und des Herrn Lüderitz in Bremen über die Ueberweisungsverhältnisse der westafrikanischen Küste und über die den dortigen kaufmännischen Angehörigen gesahnten Verhältnisse herbeizuziehen. Außerdem sind für die Besoldungen sowie für die Festsetzung des persönlichen Gehalts der gedachten Beamten, ihrem dienstlichen Rangverhältniß entsprechend, auch die Durchschnittsbesoldungen der kaiserlichen Consularbeamten in überseeischen Ländern in Betracht gezogen.“

Die örtlichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß in allen drei Schutzgebieten besondere Dienstgebäude errichtet werden müssen, und daß den dort anzustellenden Reichsbeamten freie Wohnung zu gewähren ist. An Kosten sind veranschlagt: a. zur Errichtung eines Dienstgebäudes in Kamerun mit Wohnräumen für den Gouverneur, den Kanzler, den Sekretär und den Amtsdienner 60 000 M., b. zur inneren Einrichtung des Dienstgebäudes 10 000 M., c. zur Herstellung eines Gefängnisses in Kamerun 10 000 M., d. zur Errichtung eines Dienstgebäudes in Togo mit Wohnräumen für den Commissar, den Sekretär und den Amtsdienner, sowie mit den nöthigen Hofstätten 30 000 M., e. zur inneren Einrichtung des Dienstgebäudes 6 000 M., f. zur Errichtung eines Dienstgebäudes in Angra Pequena mit Wohnräumen für den Commissar, den Sekretär und den Amtsdienner, sowie mit den nöthigen Hofstätten 20 000 M., g. zur inneren Einrichtung des Dienstgebäudes 6 000 M., zusammen 152 000 M. Den angelegten Kosten für diese Bauten liegen Berechnungen und gutachtliche Versicherungen der an der westafrikanischen Küste ansässigen deutschen Firmen zu Grunde.“

Es bedarf schließlich kaum des Hinweises darauf, daß bei der Neuheit der Verhältnisse und der Schwierigkeit, zuverlässige Informationen über die in Betracht kommenden finanziellen und technischen Punkte zu erhalten, die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die im vorliegenden Nachtrags-Etat geforderten Beträge, durch welche nur für die nöthigsten Einrichtungen Vorsorge getroffen werden soll, sich nicht nach allen Richtungen hin als ausreichend erweisen werden. Sollte eine genauere Prüfung an der Hand der Erfahrungsgegenstände, das dies nicht der Fall ist, wird die Bereitstellung weiterer Mittel für die Aufgaben, welche das Reich in jener Schutzgebieten übernehmen muß, in einem späteren Etat erbeten werden.“

L. Berlin, 22. Januar. Die heutige dreistündige Sitzung der Budgetcommission wurde vollständig ausgefüllt durch die gestern abgebrochene Berathung der Forderung des Neubaus eines Dienstgebäudes der Oberpostdirection und der Telegraphenverwaltung in Köln. Am Schluß der Debatte erklärte Abg. Hermes, daß trotz seiner Neigung, sehr große Bauten in diesem Jahre abzulehnen, es ihm zweifelhaft sei, ob in diesem Falle finanziell der Zweck der Ersparnis wirklich erreicht werde. Hierzu gehörte noch weitere Aufklärung, welche man am besten an Ort und Stelle sich verschaffen würde; leider sei dies in Folge der Einschränkung der Fahrkarten nicht möglich, und wären deshalb Schritte zu thun, anderweitig sichere Auskunft zu erhalten. Er beantrage deshalb, zwar die Discussion zu Ende zu führen, die Abtheilung selbst aber erst in einer am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche anzusetzenden Sitzung stattfinden zu lassen. Dies wird angenommen, wobei Abg. v. Benda constatirt, es sei während der Sitzungen der Budgetcommission dieses der zweite Fall, wo die Einschränkung der Fahrkarten sich dem Reichsinteresse nachtheilig gezeigt habe.

* Prinz Heinrich von Battenberg, so schreibt man dem „Samb. Corr.“ aus Berlin, der Brautgroom der Prinzessin Beatrice von Großbritannien, hat seinen Abschied als Lieutenant bei den Gardes du Corps, sowie aus dem deutschen Heeresdienste erbeten. Er war in letzter Zeit vielfach bei der kronprinzlichen Herrschaft zu Gast geladen. * Aus dem Wahlkreis des Centrumsabg. Dr. Porsh, und zwar aus Wünschelburg und Siebenbrunn, ist nach dem Sabellschwerdt „Gebirgsboten“ eine mit 188 Unterschriften versehene Petition an den Reichstag, zu Händen des genannten Reichstagsabgeordneten, abgegangen, welche mit Rücksicht auf die Nothlage der dortigen Ueberbevölkerung den Reichstag bittet: „den auf Erhöhung der Getreidezolle gerichteten Bestrebungen keine Folge zu geben, vielmehr alle derartigen Anträge durchaus abzulehnen.“

* In Marinekreisen geht, der „Schles. Ztg.“ zufolge, das Gerücht, daß Prinz Heinrich bei seiner jüngsten Anwesenheit seinen Vater gebeten habe, beim Kaiser vorstellig zu werden, daß es ihm gestattet werde, die westafrikanischen deutschen Schutzgebiete zu besuchen.

* In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung des evangelischen Oberkirchenraths mit dem Synodalrath wurde nach der „Kreuztg.“, außer über die Regelung des Dienstverhältnisses der Geistlichen auch über die Frage verhandelt, wie eine allgemeine und gleichmäßigere Fürsorge für die Wittwen und Waisen von Pfarrern zu erzielen sei.

* Die Brigg „Kover“, 6 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Cochius, ist am 20. Januar c. in St. Vincent (Cap Verde) eingetroffen.

Wilhelmshaven, 19. Januar. Heute Vormittag 9 Uhr ist S. M. Kreuzer „Habicht“ an der hiesigen kaiserlichen Werft in Dienst gestellt. Commandant: Corvettenkapitän Schudmann. Die Bestimmung des Kreuzers ist, wie bereits angegeben, Westafrika.

England.

A. London, 20. Jan. Die Zeitungen veröffentlichen ein Schreiben John Brights, worin er Rücksicht auf die entgegengegebene Thätigkeit der liberalen Partei während der letzten fünfzig Jahre. Er schreibt derselben die politische Freiheit Englands, die wirkliche Vertretung des Volkes, die Emancipation der Industrie und die Abschaffung einer großen Anzahl von Scandalen und Grausamkeiten der Vergangenheit zu. Mit Bezug auf die Zukunft bemerkt Bright, daß die Zeit der

Reformen noch nicht vorüber sei. Die Bodengesetze müßten reformirt und viele derselben aufgehoben werden. Bislang sei ihr Ziel nur gewesen, die großen Gütercomplexe großer Familien zu schützen. Die Jagdgesetze müßten ebenfalls einer Revision unterzogen werden.

England.

* Der schottische Rath des Kirchenentfaltungsbereiches hat ein Manifest erlassen, worin hervorgehoben wird, daß, da die Wahlreform billiger bürgerliche Gleichheit gewährt hat, es möglich sein wird, mit Hoffnung auf Erfolg eine sühne und entschlossene Wahlpolitik für religiöse Gleichheit zu verfolgen. Die Anhänger religiöser Gleichheit, die das Rückgrat der liberalen Partei bilden und einen großen Theil der Arbeit ihrer localen liberalen Vereine verrichten, sind berechtigt, darauf zu dringen, daß die Kirchenfrage nicht länger verzögert werde, und daß ihre Regelung auf dem Prinzip religiöser Gleichheit jetzt einen anerkannten Theil des liberalen Programms bilden solle. Im Hinblick auf die allgemeine Wahl wird den Freunden religiöser Gleichheit der Rath ertheilt, unverzüglich Schritte zu thun, um, wo immer es angeht, Candidaten aufzustellen, die ein Vorgehen für die Entschärfung und Entzündung der Kirche von Schottland energisch unterstützen wollen.

Frankreich.

* Unter der Leitung des bekannten Schutzzöllners Bouper-Quertier und einiger Deputirten der Norddepartements organisiert man jetzt einen Bund der französischen Schutzzöllner, um die von den Freihändlern auf allen Punkten Frankreichs hervorgerufene Bewegung, namentlich auf dem Lande, zu bekämpfen.

Russland.

* Dem Vernehmen nach ist die Verlobung des Großfürsten Paul von Russland, des jüngsten Bruders des Zaren, mit der Prinzessin Alexandra von Griechenland, der ältesten Tochter König Georgs, nunmehr beschlossene Sache. Die Braut zählt jedoch erst vierzehn Jahre. In Folge dessen wird die Vermählung entsprechend hinausgeschoben werden.

Datum, 17. Januar. Gestern verstarb Fürst Ilya von Gruzien, der Enkel des letzten Zarowitsch.

Danzig, 23. Januar.

Better-Ansichten für Sonnabend, 24. Januar. Privat-Prognose d. „Danziger Zeitung“.

Nachdruck verboten laut Gesetz v. 11. Juni 1870.

Bei Frost und schwachem Winde trockenes, theils heiteres, theils nebligtes Wetter.

* [Von der Weichsel.] Nach den eingegangenen telegraphischen Nachrichten ist auf der Strecke von Rudnerweide bis Neufahr keine bemerkenswerthe Veränderung vorgekommen. Die bei Latenwalde in der Elbinger Weichsel noch vorhandene Mäule ist nunmehr ebenfalls zugeföhren. Wasserstand bei Biedel 2,10 Meter, bei Dirschau 2,40 Meter, bei Notbedude 1,40 Meter, bei Plehnendorf 3,32 Meter, bei Latenwalde 1,00 Meter.

* [Aufgehobene Quarantäne.] Neuerer Mittheilung zufolge sind die Quarantäne-Maßregeln, welche die Brieseländer nach Portugal, sowie nach überseeischen Ländern über Lissabon an der spanisch-portugiesischen Grenze seither unterworfen waren, nunmehr aufgehoben.

* [Insermentation.] Während die disponibeln Geldbestände aus hiesigen Kirchen, Armen und Stiftungsfonds in früherer Zeit mit leichter Mühe auf häßliche und ländliche Grundstücke zur ersten Stelle gegen 5 % Zinsen unterzubringen waren, macht sich in neuerer Zeit auf Seiten der Darlehensnehmer mehr und mehr das Bedenken geltend, die auf ihren Grundstücken zu dem vorbestimmten Zinslose beständigen Kapitalien zurückzahlen und dann neue Darlehen zu 4 oder 4 1/2 % zu erlangen, oder durch Verhandlung mit den Gläubigern den Zinsfuß der eingetragenen Kapitalien entsprechend zu erniedrigen. In den Budgets der hiesigen zahlreichen Stiftungen entfiel dadurch mancher Anfall.

* [Stadttheater.] Am Dienstag, den 27. hat Herr Schrötter sein Benefiz, zur Ausführung kommt Mozart's beliebte Oper „die Zauberflöte“, der Benefiziant singt den „Tamino“. In den anderen Hauptrollen ist das gesammte Solopersonal der Oper beschäftigt.

[Concert.] Am nächsten Dienstag findet ein Concert im Apolloaal statt, an dessen Spitze der in Danzig stets gern gehörte ausgezeichnete Geiger, Herr Professor Heinrich de Abna aus Berlin steht. Der Künstler wird u. A. das schöne Violinconcert von Max Bruch zum Vortrage bringen. Als Sängerin fungirt die Altistin Fräulein Teresa Lotki, aus der Schule von Frau Biardot-Garcia. Außer Fiedern von Schubert, Schumann, Jensen und Duetten von Rubinstein und Schumann steht für die in neuester Zeit mit Auszeichnung genannte Sängerin eine Arie aus der Oper „Samson und Dalila“ von Saint Saens auf dem Programm. An den Duetten theilhaftig sind hier schon vortheilhaft bekannte Baritonist Herr Steding, der auf der königlichen Hochschule in Berlin ausgebildet worden ist und sich seit Kurzem der Bühne zugewendet hat. Als Pianist wirkt in dem Concert ein aus Danzig hervorgegangenes Talent mit, Herr Rudolf Panzer, der sich gleichfalls in Berlin dem Studium der Musik widmet. Der jugendliche Pianist wird im Verein mit Herrn de Abna eine Sonate von Beethoven, Schubert's Wanderer-Fantasia und einige Fantasiestücke eigener Composition spielen. Das Concert hat vor manchen andern hier veranstalteten, nichts weniger als seltenen Künstler-Concerten den Vorzug eines sehr gebiengenen Programms und ist deshalb einer besonderen Empfehlung werth.

b. [Wilhelm-Theater.] Von den jetzt neu engagirten Künstlern zeichnen sich namentlich Herr Leonce und Mlle. Volla aus. Herr Leonce leistet als Faustbrüder und mehr noch als Velocipedist vorzügliches. Auch Mlle. Volla ist eine höchst anmuthige, elegante und geschickte Velocipedfabrikerin. Der Beifall, der jeder Leistung dieser beiden Künstler folgt, ist stets ein äußerst lebhafter. Was der Schlangenmensch Baggelsen leistet, erscheint ungläublich und man möchte fast annehmen, daß der ganze Mensch aus Kunstschul besteht. Freilich, solch färscherliche Körperverrenkungen anzusehen ist nur ein sehr relativer Genuss. Die Wiederängerin Fel. Vergmann ist im Besitz einer hohen, rein und gut klingenden Sopranstimme, welche ihren Gesangs-vorträgen stets die Anerkennung des Auditoriums sichert. Die staunenswerthen Leistungen des jugendlichen Lustspielkünstlers Willi Panzer, die Productionen der Akrobaten Gebr. Woldemann und die Vorstellungen der übrigen Künstler und Künstlerinnen sind bereits von uns besprochen.

* [Feuer.] Gestern Nachmittag 4 1/2 Uhr gerietzen die Schäl- und Einschubbeden, sowie die Decken der Dampferstage in dem Hause 3. Damm Nr. 8 in Folge der Erleuchtung eines Schornsteinrohrs in Brand. Die Feuerwehr löschte denselben durch Entfernun der brennenden Holztheile und Abföhren mittelst einer Hand-spritze.

* [Verdichtung.] Der kürzlich verunglückte Tapasier Albert Janzen, dessen Familie sich in sehr bedrängter Lage befindet, wohnt in der Johannissgasse nicht Nr. 38, sondern Nr. 28, 3 Treppen hoch, wie wir mittheilen ersucht werden.

* [Muthlosigkeit.] In der Vorstadt Schildis (Kleine Molde) ist der seitens der städtischen Verwaltung dort eingerichtete öffentliche Grubnbrunnen durch ruflose Hand wiederholt beschädigt worden, ohne daß es bisher gelungen ist, die Missethäter zu ermitteln. Der in dem Brunnen vor ca. 4 Wochen aufgestellte neue eiserne Pumpenkopf ist in diesen Tagen bereits wieder zerbrochen worden.

* [Verhaftet.] Heute Vormittag wurde der hiesige Kürschnermeister Grigoliet auf Requisition der königlichen Staatsanwaltschaft wegen Bigamie verhaftet.

* [Diebstahl.] In der Nacht vom 29. zum 30. Dezember v. J. wurden dem Restaurateur K. auf St. Katharinenkirchhofe mittelst gewaltsamen Einbruchs etwa 60 M. und eine Anzahl Flaschen mitliquoren gestohlen. Gester gelang es mehreren Polizeibeamten, die Einbrecher, die Arbeiter Janowski und Jucholt, als vermurthete Diebe zu verhaften. Jetzt hat sich noch herausgestellt, daß die Vorgenannten noch einen zweiten Einbruch in einem Schuhgeschäft in der Drehergasse verübt haben.

[Polizei-Bericht vom 23. Januar.] Verhaftet: 2 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Arbeiterwittwe wegen Heberei, 1 Gaier wegen Hausfriedensbruchs, 1 Hausfriede wegen Sachbeschädigung, 2 Perlonen wegen Trunkenheit, 26 Dachboden, 16 Bettler, 2 Dirnen. — Gestohlen: 1 graues Umhangtuch, 1 gewebtes Fruchstuch, 1 rothwollener Unterrock, 1 weißer Unterrock, 4 leinene Hemden, 10 Stück weiße Nachtmützen, 2 weiße, 2 blaue Schürzen, 7 weiße Tischentüger gez. J. K. Gefunden: auf der Langgasse 1 Paar mollene Fausthandschuhe, abgehoben von der Polizei-Direction.

ph. Strigun, 22. Januar. Seit einigen Tagen hält Herr Kreiswundarzt Dr. Masurke den Beamten des hiesigen Bahnpostamts Vorträge behufs deren Ausbildung zum Samariterdienst bei etwaigen Eisenbahnunglücksfällen. Damit allen Beamten Gelegenheit geboten wird, diesen Vorträgen beizuwohnen, wird jeder Vortrag dreimal wiederholt. — In der letzten Stadtverordneten-sitzung war der vom Magistrat vorgelegte Etat für das Rechnungsjahr 1885/86, abschließend in Einnahme und Ausgabe mit 159 286 M., einer Commission zur Vorberathung überwiehen. Die heute tagende Stadtverordnetenversammlung genehmigte denselben im Wesentlichen nach den Magistratsvor schlägen.

r. Marienburg, 23. Januar. Die hier noch immer nicht beilegte Denkschrift hat in dieser Nacht wieder ein Opfer gefordert. Die in dem Geschäft des Hrn. Gottschewski thätigen jungen Leute haben ihre Wohnung in einem andern in derselben Straße befindlichen Hause. Nach Geschäfts-schluss begaben sich gestern die beiden Lehrlinge Ziegler und Masche auf ihr gegen Abend geheiztes Zimmer, um sich, nachdem sie sich noch ca. 2 Stunden unterhalten, zu Bette zu legen. Am Morgen wurde der Herrmann Masche, Sohn des Amtsvorstehers Masche aus Selowis, tot und Ziegler bestimmungslos vorgefunden; letzterer hat sich wieder erholt.

s. Marienwerder, 22. Januar. Die „Danz. Ztg.“ hat nach dem hiesigen Blatte bereits erwähnt, daß die Firma Schichau in Elbing die Finanzierung der hiesigen Zuckerrabrik unter äußerst unzulanten Bedingungen übernommen hat. Welch festes Vertrauen Herr Commerzienrath Schichau in die Lebensfähigkeit der hiesigen Fabrik setzt, geht aus der Höhe der Summe hervor, mit welcher er jetzt an dem Unternehmen theilhaftig ist: dieselbe übersteigt weit eine halbe Million Mark. Zwar läßt sich erwarten, daß der Rübenanbau auch für unsere Fabrik in diesem Jahre geringer sein wird, doch wird derselbe noch immer genügend sein, um einen erfolgreichen Betrieb zu sichern.

(Fortsetzung der Beilage.)

Nichter westpreuss. Provinzial-Landtag.

Fünfte Sitzung am 23. Januar. Der Präsident eröffnet die Sitzung gegen 10 1/2 Uhr mit der Mittheilung, daß die vorgelegten gemählten bürgerlichen Mitglieder der Ober- und Untere-Commissionen die Wahl angenommen haben.

Als erster Gegenstand steht heute die zweite Berathung der in der Abend-Ausgabe von Dienstag mitgetheilten Regierungs-Vorlage wegen Errichtung von Gemerbe-kammern auf der Tagesordnung. Die ad hoc eingesetzte Commission hat diese Vorlage berathen und ist zu folgenden Anträgen gelangt:

1. Der Provinzial-Landtag äußert sich zu § 2 der „Bestimmungen“ wie folgt:
Es empfiehlt sich, für die Provinz Westpreußen nur eine Gemerbe-kammer mit dem Sitz in Danzig zu errichten. Derselbe würde zu bestehen haben aus 32 Mitgliedern, von welchen 11 der Landwirthschaft und unter diesen mindestens 3 dem kleinen wirthschaftlichen Betriebe, 7 dem Handwerke, 7 der Industrie und 7 dem Handel angehören.
2. Der Provinzial-Landtag erklärt sich bereit, die nach den Bestimmungen über die Gemerbe-kammern der Provinzial-Verbänden zu übertragenden Rechte und Pflichten in Beziehung auf die Provinz Westpreußen zu übernehmen, jedoch:
a. unter der Voraussetzung, daß für die gesammte Provinz Westpreußen nur eine Gemerbe-kammer errichtet wird, und
b. mit der Maßgabe, daß die jährlichen aus Provinzialmitteln zu bestreitenden Ausgaben der Gemerbe-kammer die Summe von 5000 M. nicht übersteigen, und daß diese Bewilligung vorläufig nur auf die Dauer von 3 Jahren gilt.
3. Der Provinzial-Landtag beschließt zu § 19 der „Bestimmungen“ was folgt:
Die Mitglieder der Gemerbe-kammer erhalten, soweit sie nicht in Danzig ihren Wohnsitz haben, Tagelöhner und Reisekosten. Die Tagelöhner betragen 9 M. An Reisekosten erhalten die Mitglieder:
a. bei Reisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampf-schiffen zurückgelegt werden können, die Kosten eines Eisenbahn-Billets zweiter Klasse, beziehungsweise eines Dampf-schiff-Billets erster Klasse, und für jeden Zu- und Abgang zusammen 3 M.;
b. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampf-schiffen zurückgelegt werden können, wenn sie 4 Kilometer übersteigen, 40 ¢ für das Kilometer.

Als Referent der Commission fungirt Abg. Müller (Marienwerder). Die Commission sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Frage, ob der Provinzial-Landtag gesetzlich in der Lage sei, der Vorlage zustimmen zu können, durch die Ablehnung der von den Abg. v. Winter und Gen. beantragten motivirten Tagesordnung entschieden sei. Sie habe in ihrer Majorität ferner anerkannt, daß die geplante Einrichtung eine nützliche und für viele Interessen förderlich sein werde. Referent erläutert dann die einzelnen Punkte der Commissions-beschlüsse und hebt hervor, daß die Begrenzung der Bewilligung auf 3 Jahr in der Commission sowohl wie von Seiten des Hrn. Oberpräsidenten Widerspruch gefunden habe. Die Majorität der Commission habe sich aber dafür entschieden in dem Vertrauen, daß wenn die Sache sich bewähre, der Provinzial-Landtag auch zu weiteren Bewilligungen gern bereit sein werde. Zu dem Betrage von 5000 M. sei die Commission durch eine überschlägliche Berechnung der nothwendigsten Ausgaben gelangt. Uebereinstimmung habe in der Commission darüber geherrscht, daß sich für Westpreußen nur eine Gemerbe-kammer empfehle, da in ganz Westpreußen ziemlich gleichmäßige Verhältnisse in Landwirthschaft, Handel, Industrie und Handwerk herrschen und daß überall die Landwirthschaft überwiegt. Getheilt seien in der Commission die Meinungen über die Zahl der Mitglieder der Gemerbe-kammer und über deren Vertheilung auf die verschiedenen Interessengruppen gewesen. In Uebereinstimmung mit dem Vertreter der Staatsregierung sei schließlich die Commission in ihrer Majorität zu den gemachten Vorschlägen gelangt.

An den Vortrag des Referenten knüpft sich zunächst eine sehr eingehende Geschäftsordnungsdebatte, welche sich um die Frage dreht, ob die Vorlage einer noch-maligen Generaldebatte zu unterziehen, oder sofort in die Specialberathung einzutreten und in welcher Weise die Specialdebatte zu handhaben sei. — Als Correferent nimmt dann das Wort Abg. Rosmack, welcher sich im Wesentlichen dem Bericht des Referenten anschließt und den Ausdruck der Ansichten der Minorität in besonderen Anträgen in Aussicht stellt.

Es wird hierauf sofort in die Specialberathung der einzelnen Punkte der Commissions-beschlüsse eingetreten, die sich aber bald zu einer neuen Generaldebatte erweitem. — Bei Punkt 1 derselben (Aufnahme der Gemerbe-kammer) sucht Abg. Schindler in Danzig darzulegen, daß die vorgeschlagene Zahl nicht ausreichend sei. Redner habe in der Commission 16 Mitglieder für jede Gruppe, zusammen 64, vorgeschlagen, wobei er von der Ansicht ausgegangen sei, daß alle Gruppen eine gleiche

Auction

Pfefferstadt Nr. 11,
eine Treppe nach vorne.
Am 24. Januar cr.,
Bormittags 10 Uhr,
werde ich am angegebenen Orte im
Bege der Zwangsvollstreckung:
1 Cassense nebst 2 Sesseln, ein
mahag. Sopha, 2 mah. Kleider-
wände, 1 mahag. Wäschebügel,
1 mah. Sophatisch, 6 mah. Stühle,
2 Spiegel, Teppiche u. Decken zc.
öffentlich meistbietend gegen baare
Zahlung versteigern. (9340)

Petersson,
Gerichts-Vollzieher,
Pfefferstadt Nr. 37.

Nach Danzig
laden folgende Dampfer der
„Det Forenede
Dampskibs Selskab“
aus Copenhagen:

in Civita Vecchia **Kursk**
in Neapel bis 25. 26. d. Mts.
in Havre **Etna** bis ult. Januar.

in Barcelona **Omsk**
in Tarragona bis Medio Februar.
in Valencia
in Malaga
in Cadix
in Alicante
in Tarragona
in Barcelona

Dagmar
bis ult. Januar.
O. B. Suhr, SD.,
in Copenhagen von Italien u. Sicilien
am 17. huj. angekommen. (9420)

F. G. Reinhold.

Für Nasenkrankhe
Nachmittags 4 1/2 bis 6 Uhr.
Dr. med. Heldt,
Franzengasse 9. (8915)

K. v. Opperl, u. d. engl. Reg. conc.
vact. Arzt zc. Vorst. Graben 25 III.
Spec. für Geschlechts-, Haut-, Frauen-
Unterleibsleid., Epilepsie, Homöopathie
Erweichstunden 9-10, 12-2 Uhr.

Dr. Kniewel,
in America approb. Zahnarzt,
Langgasse 64, 1. Etage.
Sprechzeit von 10 bis 4 Uhr.
Bedürftige nur von 9-10 Uhr
berücksichtigt. (8717)

Loose!
Ulmer Münsterbau 3 A 50 B.
Bu haben in der
Exp. d. Danz. Zeitung.

Clavier-Unterricht
ertheilt
Clara Arndt,
Hundegasse 53, II.
Anmeldungen erbitte Vormittags
von 9-11 Uhr. (3458)

Balencia=
Apfelsinen,
1 Dukend 60 B, 80 B, 1 A.,
einige Duzend

Neuschotel-Käse,
etwas sehr weich,
10 Pfg. à Stück, empfiehlt
F. E. Gossing,
Zopen- u. Portschaisen-
gassen-Ecke 14. (9391)

Gothaer
Cervelatwurst,
in bekannter bester Qualität,
vorzügliche

Spitzgäuse
ohne Knochen, billigst.
Astrachaner Caviar,
amerik. Caviar,
Pumpnickel
empfiehlt (9392)

F. E. Gossing,
Zopenasse 14.

Gänzlicher
Ausverkauf
zu Kostenpreisen
bis Mitte März wegen Geschäfts-
Aufgabe u. Abbruch des Hauses
Fischmarkt Nr. 16.
Otto Retzlaff.

Prehn's
Sandmandelkleie
ärztlich empfohlen und vorzüg-
lich bewährt gegen alle Haut-
unreinheiten. Büchse 1 A. bei
Carl Schwarze, Gebr. Packold,
Dunbeasse 38. (6155)

Frisch geräucherter
Maränen
empfiehlt (9347)
Siegfried Möller jr.,
Wetzernasse 10.

Ein starkes Arbeitspferd
steht zum Verkauf Kohlmarkt 6.

Das unübertreffliche
fleischige Fleisch-
Extract,
Marke
Cibils
ist in allen
besseren Delicaten-
und Colonialwaaren-
Geschäften, sowie Apotheken
zu haben.
Dasselbe übertrifft an Rein-
heit des Geschmacks und Aus-
giebigkeit sämtliche anderen
Fleisch-Extracte.
General-Depot f. Westpreußen:
A. Fast, Danzig.

Frische Teichkarpfen,
Aale
und andere frische Fische
empfiehlt
9159) **P. Lindenau,**
Fischmarkt Nr. 27.

Souvenir
de la Baltique.
Wer die Sommertage in unsern
O-tseebädern verlebt hat, wird sich
der schönen Seedistel, die auf kahler
Düne wächst, gern erinnern und
Manchem wird es angenehm sein,
diese in Silber kunstvoll und natür-
lich a sgefärbte Blume in Form einer
reizenden Brosche seinen Damen als
Souvenir schenken zu können.
Vorräthig bei allen Juwelieren.

Strohhüte
zum
Waschen, Färb. u. Modernisiren
nach neuesten Facons,
Federn
zum Waschen und Färben
befördert
Laurette Balewska Nachfolger,
9395) Langgasse 20, I.

Masken Anzüge,
sowie Theateranzüge
in allen Gattungen und Größen,
worunter Bären, Affen, Fledermäuse,
Frösche zc. werden zu billigsten Preisen
verliehen bei (9394)
J. Voss, Schäferei 16.
Schwarze Leibröcke daselbst.

Camisols,
Hosen,
Jacken,
Socken
für Damen, Herren und Kinder,
dauerhaft, nur bei
Louis Willdorff,
Ziegenasse Nr. 5. (9398)

Glacée-Handschuhe
von 2-8 Knöpfen, von 4/4 bis
10/11 Haken (Schmitz) in weiß
und hellfarbig verkauft zu be-
sonders billigen Preisen.
H. Liedtke,
Heil. Geistgasse 106.

H. Pieper,
Wiedge,
Armurerie Mechanique.
Centralfener=
Doppelflinten,
Cal. 12, 16, 20, sowie die besten
Patronen dazu, halte auf Lager,
Preis ab Fabrik. (9288)
A. W. v. Glowaki,
Königl. Büchsenmacher a. D.,
Breitgasse 115. (9288)

Pferdedecken
von 1 A. 50 B ab zurückgesetzt wegen
Geschäftsaufgabe bis Mitte März.
Otto Retzlaff,
Fischmarkt 16. (9417)

Hypotheken-Capital
offerire ich für ein Bankinstitut à 4%
inclusive Amortisation bei schleuniger
Regulirung.
Wilh. Wehl,
Zausia, Brodbänkeasse 12.

25000 Hufen, Hehe u.
Wastfasanen
versend. in der Saison billigst.
A. Christen, Bromberg.
Centr.-B.-St. f. Polen, Dit. u. Weipr.

Ein seit Jahren gut renom-
mirtes Cigarrenschäft in einer
gr. Stadt ist umgänglich zu ver-
kaufen. Geil. Offert. unter 9284 an die
Exp. d. Btg. erbeten.
Ueb. sind auch Cig. f. Altent.
zu liefern resp. extra l. b. zu verk.

Frachs zu Festlichkeiten werden
stets verliehen Breitgasse
Nr. 36 bei **J. Baumann.** (9281)

P. P.
Hierdurch beehren wir uns bekannt zu machen, daß wir unter commanditarischer
Bethheiligung der
Bank für Handel und Industrie, Darmstadt und Berlin
am hiesigen Plage ein
Bank-Geschäft
unter der Firma
von Roggenbucke Barck & Co.
errichtet haben.

Hochachtungsvoll
Heinrich von Roggenbucke, Johannes Barck.

Die Bank-Commandit-Gesellschaft
von Roggenbucke Barck & Co. in Danzig
empfiehlt ihre Vermittelung für Bankgeschäfte aller Art, insbesondere für:

An- und Verkauf von Werthpapieren und Geldsorten; Ausführung
aller Börsenordres, sowohl per Cassa als auf Zeit; Aufbe-
wahrung und Verwaltung von Werthpapieren und Documenten;
Controlle von Verloofungen; Einlösung von Coupons.
Gewährung von Conto-Corrent-Crediten und Vorschüssen gegen
Connoissement oder Sicherstellung durch Waaren, Effecten,
Hypotheken und Bürgschaften.

An- und Verkauf von inländischen und ausländischen Wechseln, Aus-
stellung von Creditbriefen und Checks für das In- und Ausland.
Finanzirung von industriellen und commerciellen Unternehmen.
Regulirung von Hypothekengeschäften.
Provisions- und spesenfreie Annahme von verzinslichen Geldeinlagen
auf Depositen- und Giroconto, und zwar vergütet dieselbe bis
auf Weiteres für Einlagen rückzahlbar:

1. ohne vorherige Kündigung 2% Zinsen pro Jahr.
Ueber das Guthaben kann mittelst Checks oder durch
Domizilirung von Wechseln verfügt werden.

2. bei achttägiger Kündigung 2 1/2%
3. " 1 monatlicher " 3%
4. " 3 " " 3 1/2%
5. " 6 " " 4%
Zinsen pro Jahr.

Geschäftslocal:
42, Lange Markt 42.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Sonnabend, den 24. Januar 1885:
Zweiter und letzter
Maskenball.

Maskenbilletts à 1 A. 50 B, Zuschauerbilletts à 2 A. sind bei
Herrn **S. à Porta, Langenmarkt,** zu haben.
Abendkasse 2 A. und 3 A. Ganze Vogen im Etablissement.

Zur Ostbahn in Odra.
Sonnabend, den 24. Januar 1885:
Zweiter grossartiger Maskenball.

Um 12 Uhr Demaskirung und dann der brillante Umzug mit Illumination
und bengalischer Beleuchtung durch den Garten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 25 Pf.
Die Musik wird von der ganzen Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 128
ausgeführt. (9419)
H. Mathesius.

Avisa.
Telegraphische Depesche.
Trefte am 24. d. M. cr. mit meinen
4 Kunst- und Schulflechterinnen
auf der Durchreise von Petersburg nach London in Danzig ein werde vom
25. d. M. cr. ab einige Vorstellungen veranstalten.
M. Lucca, Impresario.
NB. Herren und Damen (geübte Fächter), welche gesonnen sind
ein Wettfechten
einzugehen, werden höflichst ersucht, sich schon jetzt an der Kasse des Wilhelm-
Theaters zu melden.
Steigerpreis 100 Mark.

Zum Cotillon
empfehle mein mit vielen diesjährigen Neuheiten sortirtes reich-
haltiges Lager zu wirklich billigen Preisen, als:
Papier-Orden Schneeballen, Apfelsinen u.
per Dbd. von 25 B bis 12 A. **Pannkuchen**
Krepp-Orden mit Papier-Schnitzel gefüllt,
per Dbd. von 75 B bis 18 A. **Atrappen, Nippessachen,**
Touren in größter Auswahl. Einladungen verschiedener Art,
Knallfäden u. Kopfbedeckungen zc. Tanz-Ordnungen und Karten.
per Duzend von 50 B an, **Menü's**
Carnevals-Kopfbedeckungen, **Tischkarten etc.**
Touren auch leihweise, wie Decorations- Gegenstände,
als **Lyra's etc.** leihweise gratis zu haben.

L. Lankoff,
G. W. Fahrenheitz Nachf.,
3 Damm Nr. 8, Ecke der Johannisgasse.
NB. Vereine und größere Gesellschaften er-
halten extra Rabatt. (9339)

Brauerei Englisch Brunnen, Elbing.
Lagerbier obiger Brauerei 30 Flaschen 3 A.
Böhmisches Bier 25 Flaschen 3 A.
empfiehlt **Robert Krüger, Hundegasse 34.**

Ulmer Münsterbau-Lotterie,
Hauptgewinn bar 75000 A. Loose
à A. 3.50 bei (9402)
Th. Berding, Gerbergasse 2.

Mark 80000
werden innerhalb 1/2 der landchaft-
lichen Tage zur 2. Stelle gesucht.
Gef. Adressen von Selbstdarlehern
u. Nr. 9406 in d. Exped. d. Btg. erb.

Ein früh. Gutsbesitzer
sucht eine Stellung bei einer Hagel-
od. Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.
Gute Referenzen stehen zur Seite.
Gef. Adressen unter Nr. 9378 in
der Exped. d. Btg. erbeten.

Eine Dame, die in Zurückgezogen-
heit leben will, findet freundliche
Aufnahme bei der Debamme (9386)
H. Vorkampff, Tobiasgasse Nr. 4.

Gr. Wollweber, 13,
erste Etage, 4 Zimmer, Kabinett,
Küche zc. zu April zu vermieten.
Näheres parterre im Laden. (9408)

Seiligegeistgasse 73
ist ein gr. Parterrehinterzimmer mit
Seitenstube und Zubehör (auch zum
Comptoir) à April z. verm. (9412)

Sandwirthsch. Verein
Marienburg.
Mittwoch, den 28. Abends 5 1/2 Uhr.

Allgemeiner
Bildungs-Verein.
Montag, den 26. Januar 1885,
Abends 8 Uhr,
Vortrag

des Secretärs der Kaufmannschaft,
Herrn **H. Ehlers:**
„Ueber Luxus und einige für
die heutige Volks- und Welt-
wirthschaft besonders wichtige
Genusmittel.“ (9388)
Damen haben Zutritt.
Der Vorstand.

Neu! Neu!
Angschun's Restaurant,
Breitgasse 26.
Einem hochgeehrten Publikum
empfehle meine Localitäten, gute
Essen und Getränke, bei reeller Be-
dienung, Fremde. **F. Angschun.**

Greil's Hôtel,
nahe der Post,
empfiehlt sich dem geehrten reisenden
Publikum. Logis zu billigen Preisen.
9389) **C. Greil.**

Königsberger Rinderfleck
heute Abend Hundegasse Nr. 7.
9399) **C. Stachowski.**

Mietzke's
Concert-Salon,
Breitgasse Nr. 39.
Grand Restaurant
I. Ranges.
Heute Freitag:
Auftreten meiner neu engagirten
Damen
vom Deutschen Reichsadler aus Berlin,
unter Direction der berühmten
Contra-Altistin
Fr. B. de la Garde,
Anfang 7 Uhr. (9390)
R. Mietzke.

Ressource Langfuhr.
Sonnabend, den 24. Januar cr.:
Familien-Abend. (9385)

Stadt-Theater.
Sonnabend: Klassiker-Vorstellung zu
halben Preisen. Faust. Dramati-
sches Gedicht in 6 Acten von Wolf-
gang v. Gothe.
Gretchen: **Clara Gyll,** als erster
theatralischer Veruch.
Sonntag zwei Vorstellungen. Nach-
mittags 4 Uhr bei halben Preisen:
Alexandro Stradella. Oper in
3 Acten von Flotow.
Abends 7 1/2 Uhr: 86. Abonnements-
Vorstellung. Jun 1. Male: **Der**
Geigenmacher von Mittenwald.
Volkschauspiel in 3 Acten von H.
Reuert und Gaughofer (Verfasser
von „Der Herrgottschneider von
Ammergau“).
Montag, zum 4. Male: **Gasparone.**
Operette in 3 Acten von Willäcker.

Wilhelm-Theater.
Sonnabend, den 24. Januar cr.
Benefiz-Vorstellung
des hier so beliebten 12-jährigen
Wunder-Knaben
Willy Pantzer,
des besten Aufnahmestüters der
Gegenwart.
Willy wird an seinem Ehrenabend
ein lebendes Schwein
verschenken.
Kassenöffnung:
Sonntags 5 1/2 Uhr, Anfang 6 1/2 Uhr.
Wochentags 6 1/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr.

Nr. 14913
kauft zurück
die Exped. dieser Ztg.
Peter von Danzig.
Antwort auf die gestrige Anfrage!
B. in Königsberg resp. Danzig ist
nicht griechischer Consul, sondern
Kaffee- u. Weinhändler. Detailist. Er
hat sich einen kleinen Scherz erlaubt,
um auch zugleich Reclame zu machen;
ist dafür aber nicht strafbar. X.

Otto Unger, Uhrmacher,
Schwarzenberggasse 9.
Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann
in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Ein Restaurant an einer
der be-
lebtesten Straßen Brombergs, mit gr.
Garten, Sommertheater ist v. logisch
zu verpachten. Näb. bei **A. Berndt,**
Zimmermeister, Bromberg. (9393)

Ein kleines Kurzwaaen-Lager
ist unter sehr günstigen Bedingungen
zu übernehmen. Offerten unt. **Z. Z.**
postlagernd Marienwerder zu richten.

Ein seit vielen Jahren gut einge-
führtes Geschäft mit bester Kund-
schaft, nachweislich rentabel, ist vor-
theilhaft zu verkaufen. Gef. Vor. unter
Nr. 9349 i. d. Exp. dieser Btg. erbeten.

Ein Bisam-Pelz mit Herzbesatz
zu verkaufen Fleißberggasse 60a., 1. Et.
21000 Mk. w. z. 1. Et. a. d. Grundst.
Brodbänkeasse Nr. 11
gesucht. Näheres daselbst. (9351)

Prirathsgeluch.
Ein alleinstehender Herr mit Ver-
mögen von 45000 A. sucht die Be-
kantschaft kinderloser Damen mit
Vermögen im Alter von 28 bis
40 Jahren zu machen. Damen, welche
auf dies erst gemeinte Geluch ein-
gehen, wollen ihre Photographie nebst
Adresse vertrauensvoll mit Angabe der
Verhältnisse, veriegelt an die Exped. d.
„Danziger Zeitung“ unter Nr. 9387
einfenden. Strengste Discretion wird
zugewahrt und auf Verlangen Photo-
graphie und Briefe zurückgeschickt.
Anonyme Briefe bleiben unberück-
sichtigt.

Für ein größeres Waaren-Geschäft in
Magdeburg wird ein Reisender
gesucht, der möglichst schon Hinter-
pommern, West- und Ostpreußen mit
Erfolg besucht hat. Bewerbungen unter
Einbindung der Zeugnisse sind unter
B. 5437 an die Annoncen-Expedition
von **Robert Kieß, Magdeburg,** zu
richten. (8969)

Sch luche zum 1. April ein nicht zu
junges Mädchen als Stütze der
Hausfrau. Dasselbe muß in der
Wirthschaft erfahren sein und die
Schneiderei verstehen.
Offerten nebst Angabe der bisherig.
Thätigkeit und Gehaltsanspr. nimmt
d. Exped. d. Btg. u. 9416 entgegen.

Ein routinirter
Reisender,
mit besten Referenzen, wird für ein
hiesiges Fabrik-Geschäft sofort zu
engagiren gesucht.
Nebungen unter 9232 in der
Exped. dieser Zeitung erbeten.

Für ein Colonialwaaren-Engros-
Geschäft wird von logisch ein nur
tücht. junger Mann
gesucht. Angabe mit früherer Thätig-
keit und Gehaltsansprüchen bitte unter
Nr. 9397 in der Exped. dieser Zeitung
einzuschicken.

Die Vertretung einer gut ein-
geführten deutschen Feuerversicherungs-
Gesellschaft ist für

Dirschau
anderweitig zu vergeben und werden
Reflektanten ersucht, ihre Offerten
unter Nr. 9396 an die Exped. dieser
Zeitung einzuschicken.

Beilage zu Nr. 15048 der Danziger Zeitung.

Freitag, 23. Januar 1885.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 22. Januar.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des rheinischen Rechts.

Abg. Reichenperger (Dlbe): Das vorliegende Gesetz, das der Rheinprovinz aufgezwungen werden soll, stellt sich in schreiendem Gegensatz zu der den Rheinländern eigenen Begriffsauffassung von der Unverletzlichkeit des Eigenthums. Mißstände, die eine so radikale Veränderung rechtfertigen, kann ich nicht bezeugen. Prinzipiell widerspricht die rheinische Provinzialverfassung direct der Zulässigkeit des ganzen Gesetzes. Nach einer ausführlichen Kritik der Einzelbestimmungen erklärt Redner nochmals, daß er die Verfassungsmäßigkeit der Einbringung des Gesetzentwurfs auf das entschiedenste bezweifelt. Der Zwang der Vorlage führe in seiner Konsequenz geradezu zum Verbot auch des Wiederverkaufs und der Parzellierung. (Zustimmung im Centrum.)

Minister Lucius: Ich kann nicht zugeben, daß die Auffassung des Eigenthumsbegriffs seitens des sächsischen Stammes weniger zäh und fest ausgeprägt sei, als die des fränkischen. Der rheinische Provinziallandtag habe sich einstimmig für die Zweckmäßigkeit der Vorlage ausgesprochen, die Majorität auch für die in § 1 festgesetzten Modalitäten, unter denen der Antrag auf Zusammenlegung zulässig ist. Von einer zwangsweisen Enteignung ist nicht die Rede, wenn auch der Eingriff in die bestehenden Verhältnisse ein sehr radikaler ist. Die Verfassungsmäßigkeit der Vorlage ist von keinem Mitgliede der Regierung, namentlich nicht vom Justizminister bezweifelt worden. Die Schwierigkeiten, welche dem Entwurf entgegenstehen, werden von der Regierung keineswegs verkannt, und das rheinische Oberlandesgericht hat sich allerdings gegen die Vorlage ausgesprochen; aber die abstract erwägenden Juristen können bei solchen Vorlagen wirtschaftlicher Natur nicht die einzigen kompetenten Autoritäten sein.

Abg. Knebel (nat.-lib.) dankt der Staatsregierung für die Einbringung der Vorlage, welche wesentlich in Folge des Einflusses des Abg. Reichenperger den Rheinländern so lange vorenthalten geblieben sei. Der Umschwung in den Anschauungen der interessirten Bevölkerungskreise bezüglich der Ziele des Entwurfs könne am schlagendsten bei dem landwirtschaftlichen Verein für Rheinpreußen beobachtet werden, welcher in den fünfziger Jahren noch fast ganz gegen die Zusammenlegung, im letzten Jahre aber einstimmig für dieselbe eingetreten sei.

Abg. Bachem: Das Eintreten des Vorredners für das Gesetz kann Niemand Wunder nehmen, denn es liegt hier ein Verhältnis vor, wie des Vaters zum Kinde; Herr Knebel hat Jahre lang für das Zustandekommen der Vorlage gewirkt. Ich beantrage, die Vorlage einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen und empfehle derselben die möglichste Vorsicht und Zurückhaltung bei der Berathung. In der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Rheinprovinz besteht keine Sehnsucht nach dem Gesetz, auf dem Provinziallandtag sind es die Vertreter der Städte gewesen, welche dem Entwurf zur Annahme verhalfen. Der rheinische Bauer besitze Intelligenz genug, um gegebenenfalls zu erkennen, ob eine Zusammenlegung vortheilhaft für ihn ist oder nicht. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Eynern (nat.-lib.) kann es nicht verstehen, daß zwei Juristen der Rheinprovinz das Bedürfnis für die Vorlage leugnen, während die Zersplitterung des Bodens in wahrhaft beängstigendem Maße fortschreite, und die schlechte rheinische Hypotheken-Ordnung das Uebel noch vermehre.

Justizminister Friedberg: Auch die Ausarbeitung einer neuen Hypothekenordnung für das Rheingebiet ist bereits in Angriff genommen, und da die Beschlüsse des Provinziallandtages zu dem von uns aufgestellten Entwurf bereits vorliegen, so wird derselbe dem Landtage binnen Kurzem zugehen (Beifall). Dieser Entwurf steht indeß durchaus selbstständig da.

Abg. Biesenbach (Centr.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Reichenperger durchaus an.

Abg. Schreiber (Marburg) erklärt namens der conservativen Partei die Zustimmung zu dem Entwurf. Mit dem Zustandekommen des Gesetzes sei es aber nicht gethan, es müsse auch bei der Ausführung den Bauern der Rheinprovinz ein gutes Beispiel gegeben werden.

Nachdem noch die Abgg. Kören und Claffen (Centrum) sich wesentlich im Sinne der Ausführungen des Abg. Reichenperger geäußert, wird die Vorlage an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern verwiesen.

In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Consolidation, die Ablösung der Servituten und die Theilung der Gemeinheiten für die hohenzollernschen Lande erhebt Abg. Schmid-Hohenzollern (Centr.) ebenfalls Einspruch gegen den vorgeschlagenen Modus der Majoritätsbildung, und erklärt es für viel natürlicher, wenn man der kleinen Exclave Hohenzollern die Consolidationsgesetzgebung der Nachbarstaaten Württemberg und Baden gäbe, wo der Antrag von der Hälfte der Besitzer, welche zugleich die Hälfte des Besitzes repräsentirten, gestellt werden müßte. Die Separation in Preußen hätte zum Verschwinden des Mittelstandes, zur Schroffen Gegenüberstellung von Aristokraten und Proletariat geführt. Für solche Zustände bedanke sich Hohenzollern.

Nach einer kurzen Entgegnung des Abg. v. Duast wird der Entwurf der vorhin beschlossenen Commission überwiesen.

Zweite Berathung des Staatshaushaltsetats für 1885/86.

Beim Etat der Domänenverwaltung bittet Abg. v. Minnigerode den Minister, gegen die Pächter im Allgemeinen und namentlich bei Neuverpachtungen gegen die bisherigen Pächter billige Rücksicht zu üben.

Abg. Duast erwidert den Minister für Landwirtschaft, in den Nachweisungen künftig auch den Pachtpreis pro Hektar für jede einzelne Pachtung ersichtlich zu machen.

Minister Lucius sagt die Erfüllung dieser Bitte zu. Die vom Abg. v. Minnigerode angeregte Frage sei nicht so einfach zu lösen; jede einzelne Rücksichtnahme sei geeignet, den Chef der Verwaltung mindestens in den Verdacht des Nepotismus zu bringen. Die Verpachtungsergebnisse zeigen allerdings das Vorhandensein ernsthafter Calamitäten für die Landwirtschaft. Die Ursachen dieser Calamität seien nicht auf Deutschland allein beschränkt. Die Getreidepreise seien niedriger als je, während andererseits heute feststehe, daß die Getreidegölle den Schwankungen der Getreidepreise gegenüber gar nicht in Betracht kommen. Die wirtschaftliche Gesetzgebung sei an diesen Calamitäten nicht schuld; die deutsche

Zuckerindustrie sei zu einer herrschenden in Europa geworden. Führt die heutige Krise dahin, die Zuckerindustrie aufzugeben, so wäre das der tödtlichste Schlag für die deutsche Landwirtschaft. Es sei also jetzt die erste Pflicht, dieser Industrie mit allen Mitteln beizuhelfen und sie vor weiterem Niedergange zu bewahren. Systemänderungen im gegenwärtigen Augenblicke könnten leicht verhängnisvoll werden; die Regierung stehe demnach auch den Steuerreformprojecten auf diesem Gebiete vorerst kühl gegenüber. (Beifall rechts.) Dasselbe gelte in etwas geringerem Umfange von der Spiritusindustrie. Die Spirituspreise seien heute niedriger als vor 25 Jahren; die Production habe sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht. Die technischen landwirtschaftlichen Gewerbe müßten also mit besonderer Vorsicht behandelt, und jede Systemänderung vor der Hand perhorrescirt werden.

Abg. Dirichlet drückt sein Erstaunen darüber aus, daß der Minister ohne unmittelbaren Anlaß sich so eingehend über die Lage der Landwirtschaft geäußert habe. Die ganze Reihe seiner dankenswerthen Mittheilungen habe leider nur einen akademischen Werth, da diese Fragen endgiltig nicht hier, sondern im Reichstage entschieden werden. Wenn der Minister habe darthun wollen, daß die Gesetzgebung eine Industrie zur Blüthe bringen könne, so habe er recht; aber damit werde das Glend nicht aus der Welt geschafft, welches jetzt, seitdem das Bonifications- in ein Prämienystem sich verwandelt habe, über die Zuckerindustrie hereinbreche. Die Liberalen hätten die Krise schon vor 2 Jahren vorausgesehen; die maßgebenden Kreise hätten aber hartnäckig ihre Augen verschlossen und die Ueberschreitung des richtigen Maßes ruhig mitangesehen. Die Zuckerindustrie Deutschlands könne gerade durch das belobte Prämienystem zum größten Schaden kommen, wenn es England einfallen sollte, dieses System zu adoptiren; eine darauf gerichtete Bewegung mache sich in England längst sehr bemerkbar. Die Getreidepreise seien relativ in den letzten fünf Jahren recht hoch gewesen und könnten als Beweis für die Unrentabilität des Körnerbaues nicht ins Feld geführt werden. Die 24 Millionen Deficit seien im Wesentlichen ein Product der künstlichen Blüthe der Zuckerindustrie.

Auf eine Anfrage des Abg. Büchtemann erwidert der Minister, daß die Erhebungen über die ländlichen Nothstandsverhältnisse in zwei dem in den nächsten Tagen erscheinenden landwirtschaftlichen Verwaltungsbericht für 1882, 1883 und 1884 einverleibt werden sollen.

Eine Reihe von Titeln des Domänenetats wird hierauf bewilligt.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

* Am 21. Januar d. J. zählte das Abgeordnetenhaus 430 Mitglieder. Drei Mandate (2. Stettin, 5. Merseburg, 18. Schleswig-Holstein) sind erledigt. Davon gehören der conservativen Partei 120, der freiconservativen Partei 55, der nationalliberalen 66, der deutschfreisinnigen 53, dem Centrum 99, den Polen 18 Mitglieder an. Keiner Fraction gehören an 19: Dr. Adolph Berger (Witten), v. Bodum-Dolffs, Staatssecretär v. Bötticher, Gremer (Teltow), Frhr. v. Eckardstein, Farr, Hüblich (Däne), v. Köller,

Laffen (Däne), v. Lenthe, Dr. Lotichius, die Minister Dr. Lucius, Maybach und v. Puttkamer (Luckau), die Abgg. Sachse, Sommer, Spielberg, Dr. Stern.

* Die Commission zur Vorberathung der Börsensteueranträge hat den Abgeordneten v. Hompeich zum Vorsitzenden, Dr. Grimm zum Stellvertreter desselben und die Abgg. Woermann und Löwe zu Schriftführern gewählt. Die übrigen Mitglieder der Commission sind: v. Buol, Trimborn, Borch, Frigen, Michbichler, Graf v. Droste (Centrum), v. Wedell, v. Massow, Klemm, Graf zu Stolberg (Deutschcons.), Camp (Reichsp.), Dechelhäuser, Scipio (Nat.-lib.), Dr. Siemens, Beisert (Deutschfrei.), Kospfer (Volksp.), Singer (Socialdem.)

* Die Wahlprüfungscommission des Reichstags beantragt, die Wahlen der Abgg. Niebour (1. Oldenburg), Dr. Scheffer (7. Marienwerder), Grafen v. Bismarck (Lauenburg), Dechelhäuser (2. Anhalt), Dr. Horwitz (1. Merseburg) und v. d. Osten (1. Stettin) für gültig zu erklären.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Januar. Im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses wurde vom Deputirten Heilsberg die Frage von Sträflingscolonien zur Sprache gebracht. Der Vertreter der Regierung wies auf die Schwierigkeiten hin, zu solchen Colonien geeignete Orte aufzufinden. Thatsächlich seien jedoch Erhebungen in der angegebenen Richtung gepflogen worden und das Justizministerium habe eine Anfrage an das Handelsministerium gerichtet, ob seitens Oesterreichs nicht überseeische Colonien erworben werden könnten. Eine solche Erwerbung von Colonien stehe bis jetzt aber nicht in Aussicht, die Frage werde indeß von der Regierung im Auge behalten werden. (W. T.)

Belgien.

Brüssel, 19. Januar. Der von den clericalen Deputirten für Nivelles eingebrachte Gesetzentwurf fordert einen Eingangszoll auf alle ausländischen Lebensmittel, Getreidearten, Vieh, Fleisch, Butter, Mehl, Reis. Die Zollsätze sind folgende: Butter 5 Frcs., Fleisch 3 Frcs auf je 100 Kilo; Ochsen 1 Frc., Kühe, Stiere 8 Frcs., Kälber, junge Ochsen 5; Hammel 1,25 Frcs., Schweine 3 Frcs., Reis 1 bis 1,50 Frcs., Weizen, Roggen 1 Frc., Gerste, Hafer, Mais 2 Frcs., Mehlarthen, Gries, Graupen u. s. w. 3 Frcs. Mit dem Ertragniß des Zolles sollen die Steuern auf Bier und Tabak ermäßigt, die Wegezölle beseitigt, die Wegearbeiten gefördert, der landwirtschaftliche Unterricht erweitert und den Communen Zuschuß für Vicinalwege gewährt werden. Die gesammte liberale Presse verurtheilt diesen Antrag energisch; das Land ist gezwungen, den allergrößten Theil seiner Nahrungsmittel, des Getreides und Fleisches aus dem Auslande zu beziehen. Nur durch die zollfreie Einfuhr sind die

